

Nachrichten vom Landtage.

Zweihundert und zwei und sechzigste öffentliche Sitzung der ersten Kammer, am 13. August 1834.

(Beschlufs.)

Berathung über das Budget des Staatsaufwandes. — A. Allgemeiner Staatsaufwand.

Prinz Johann: Ich habe einen ganz ähnlichen, jedoch etwas umfassendern Antrag zu stellen, welcher dahin geht, die Regierung zu ersuchen: „Daß sie bei nächstem Budget einen Normaletat für das bei sämtlichen Sammlungen anzustellende Personale vorlege.“ Zu diesem Antrage bestimmt mich theils die ungleiche Zahl der bei den einzelnen Sammlungen angestellten Männer, theils die Ungleichheit ihrer Besoldungen, und ich beabsichtige nicht eine Ersparniß für die Staatskasse, sondern wünsche vielmehr, daß der Betrag der etwa nicht weiter nöthigen Besoldungen lieber zur Vermehrung des Dispositionsquantis für die Sammlungen angewendet werde.

v. Carlowitz bemerkt, wie er die Absicht habe, bei der in Frage befangenen Post dreierlei verschiedene Anträge zu stellen. Der erste gehe dahin: „Es möge die Staatsregierung bei der bevorstehenden Reorganisation dieser Sammlungen auf thunlichste Ersparniß durch Verminderung des Personals, z. B. Abschaffung eines der beiden Inspectoren beim Naturalien-Cabinet und mathematischen Salon und des Zeltschneiders, sowie durch Verminderung mancher unverhältnißmäßig hohen Gehalte, z. B. des Oberaufsehers der Gewehrgallerie, Bedacht nehmen.“ — Der Sprecher fährt also fort: Dieser Antrag stimmt im Wesentlichen mit den Ansichten der geehrten Deputation überein, aus deren Berichte ich sogar alle meine Beispiele entlehnt habe. Ebenso harmonirt mein Antrag mit der Seiten eines der Hrn. Minister gegebenen Zusicherung, indessen erstreckt sich Letztere nicht auf Verminderung der Gehalte, die man sogar ausdrücklich für nicht zu hoch gestellt erklärt hat und ich wünsche, daß man sich durch eine Zusicherung, die nicht die Regierung selbst, sondern nur ein einzelnes Organ derselben gegeben hat, nicht von Stellung eines Antrags möge abhalten lassen.

Staatsminister v. Lindenau: Auch ich halte es nicht für unthunlich, daß beim Naturalien-Cabinet, dem mathematischen Salon und der Gewehrgallerie ein Beamter künftig werde erspart werden können und bin in soweit mit dem Hrn. v. Carlowitz einverstanden. Was dagegen die angeblich zu hohen Besoldungen anlangt, so bin ich anderer Ansicht, denn wenn der Inspector der Gewehrgallerie künftig wegfällt, so hat nur noch der beim Naturalien-Cabinet Angestellte einen bedeutendern Dienstgenuß, der in sofern nicht allzuhoch erscheinen kann, als dazu stets ein wissenschaftlich gebildeter Mann erfordert wird. Die Besoldungen der übrigen Inspectoren sind nicht bedeutend und der mehrerwähnte

Zeltschneider ist bereits mit Tode abgegangen und dessen Stelle nicht wieder besetzt worden.

Secretair Harß: Ich nehme meinen Antrag gegen den Sr. königl. Hoheit zurück, kann jedoch dem des Hrn. v. Carlowitz außer andern Gründen schon um deswillen nicht beistimmen, weil er dem künftigen Normal-Stat, über welchen sich die Kammer auch noch zu entschließen haben wird, vorgreift.

v. Carlowitz erklärt hierauf, daß er seinen Antrag eventuell und für den Fall gestellt habe, daß der Sr. königl. Hoheit Prinz Johann keine Annahme finden sollte.

Der Antrag des Prinzen Johann findet hierauf einstimmige Annahme.

Der zweite Antrag, welcher nun vom Mitgliede v. Carlowitz gestellt wird, geht dahin: „Daß die zeither den Beamten überlassenen Eintrittsgelder der die Sammlungen Besuchenden den Staatskassen berechnet werden möchten.“ — Der Antragsteller bemerkt zu dessen Unterstützung: Man ist jetzt überall darauf bedacht, die Accidentien der mit festem Gehalte angestellten Beamten in Wegfall zu bringen. Dieß erscheint nun hier um so mehr zulässig, da die Gehalte der Inspectoren theils im Verhältnisse zu dem Maße ihrer Arbeit, theils deshalb keineswegs zu niedrig erscheinen, weil sie eben durch den Gebrauch der ihnen anvertrauten Sammlungen Gelegenheit zu schriftstellerischem Nebenverdienste finden können, indem ihnen ja für ihre Wissenschaften ganz besondere Hilfsmittel zu Gebote stehen. Demnächst erregt es leicht Mißstimmung, wenn die Aufseher neben dem eigentlich unentgeltlichen Eintritte in die Sammlungen, zu andern Zeiten noch Eintrittsgelder zu beziehen haben, und endlich kann der Betrag jener Eintrittsgelder keineswegs unbedeutend sein.

Dieser zweite Antrag findet jedoch keine ausreichende Unterstützung, worauf v. Carlowitz den dritten Antrag stellt, welcher dahin lautet: „Bei Anschaffung neuer Werke für die Bibliothek möchte hauptsächlich auf das Bedürfniß der Ständeversammlung Bedacht genommen werden.“ Der Antragsteller bemerkt hierbei: Das Bedürfniß der Ständeversammlungen besteht hauptsächlich in den Verhandlungen der Stände anderer Länder und in ausländischen Gesessammlungen. Daß es aber hier sehr große Lücken in der Bibliothek giebt, weiß ich aus eigener Erfahrung, und steht dieß nicht zu verwundern, da bei neuen Anschaffungen diejenigen, welche darüber zu bestimmen, oder doch dießfallige Vorschläge zu machen haben, ganz natürlich ihr Fach vorzüglich im Auge behalten.

Dieser dritte Antrag wird hinreichend unterstützt.

Referent: Der Vorschlag, dessen Motiven ich theile, geht denn doch zu weit, und scheint mindestens in die Verwaltung einzugreifen. Es ist in neuerer Zeit eine ziemliche Summe für den